

Öffentliches Recht in der Fallbearbeitung

Grundfallsystematik, Methodik,
Fehlerquellen

von

Dr. Gunther Schwerdtfeger
o. Professor an der Universität Hannover

12., neu bearbeitete Auflage



Verlag C.H. Beck München 2004

Inhalt*

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXVII

1. Teil. Hinführungen

§ 1. Bestandsaufnahme	1
I. Scheu vor der öffentlichrechtlichen Fallbearbeitung	1
II. Das Anklammern an Schemata	2
1. Schema „Zulässigkeit einer Klage“	3
2. Schema „Begründetheit der Klage“	4
III. Nutzen und Schaden der Schemata	5
§ 2. Aufgabenstellung	7
§ 3. Wichtige Einzelaspekte	7
I. Die Anforderungen nach den Prüfungsordnungen	7
1. Stoffbeschränkungen	7
2. Klausuren und Hausarbeiten	8
3. Fallbearbeitung als praktisch-wissenschaftliche Aufgabe	9
II. Bewertungskriterien	9
III. Fall-Training	10
IV. Präsente Rechtskenntnisse	11
V. Keine Überbewertung von Streitfragen und Theorien	12
VI. Zur Bedeutung der höchstrichterlichen Rechtsprechung für die Fallbearbeitung	15
VII. Lösungsregeln nicht als Selbstzweck	16

2. Teil. Der Verwaltungsakt im Über-Unterordnungsverhältnis

§ 4. Allgemeines	17
I. Arten des Verwaltungsakts	17
1. Einteilung nach dem Inhalt	17
a) Gebote und Verbote	17
b) Gestaltende Verwaltungsakte	17
c) Feststellende Verwaltungsakte	17
2. Einteilung nach der Wirkung	17
a) Belastende Verwaltungsakte	17
b) Begünstigende Verwaltungsakte	18
II. Die Funktionen des Verwaltungsakts	18
1. Regelungsfunktion und Bestandskraft	18
2. „Titel“funktion als Grundlage der Verwaltungsvollstreckung	20
III. Vorliegen und Regelungsinhalt eines Verwaltungsakts	20
IV. VA-Begriff	22

* Im Interesse besserer Übersichtlichkeit sind nachfolgend nur Untergliederungen des Textes aufgeführt, in welchen die Hauptgedanken Ausdruck finden. Zur Ergänzung sei auf das Sachverzeichnis verwiesen.

§ 5. Der belastende Verwaltungsakt	25
I. Prozessuale	25
II. Rechtmäßigkeitsprüfung	28
1. In Betracht kommende Ermächtigungsgrundlage	29
2. Formelle und verfahrensmäßige Voraussetzungen des Verwaltungs- akts	30
a) Wichtigste Einzelvoraussetzungen	30
b) Eingeschränkte Fehlerfolgen	32
3. Materielle Voraussetzungen für das Einschreiten	34
a) Subsumtion	34
b) Unbestimmte Gesetzesbegriffe	35
c) Gültigkeit/Verfassungsmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	40
4. Fehlerfreie Ermessensausübung auf der Rechtsfolgeseite	42
III. Nichtigkeit des Verwaltungsakts?	49
§ 6. Insbesondere: Die „Polizei“verfügung	50
I. Gefahrenabwehr, Beseitigung von Störungen	50
1. In Betracht kommende Rechtsgrundlage	52
2. Formelle Voraussetzungen	52
3. Materielle Voraussetzungen (Generalklausel)	53
II. Anhang: Polizeiliche Ermittlung von Straftaten und Ordnungswidrig- keiten	59
§ 7. Verwaltungsakte im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	61
I. Vollstreckung von Verfügungen	61
1. Hinführungen	61
2. Vollstreckungsvoraussetzungen und Verfahren	62
3. Grundzusammenhänge	63
II. Sofortiger Vollzug, unmittelbare Ausführung	64
§ 8. Bußgeld zur Durchsetzung von Normen	65
§ 9. Der Anspruch auf Erlaß eines begünstigenden Verwaltungsakts	66
I. Materiellrechtliche Fragen	67
1. Erforderlichkeit des Verwaltungsakts?	67
2. Anspruch auf Erlaß des Verwaltungsakts?	68
3. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung?	71
4. Ermessensreduzierung „auf Null“?	72
II. Prozessuale Fragen	73
§ 10. Begünstigende Verwaltungsakte mit Nebenbestimmungen (Bedingung, Befristung, Widerrufsvorbehalt, Auflage)	75
I. Materiellrechtliche Fragen	75
1. Unterschiedliche Folgen der einzelnen Nebenbestimmungen	75
2. Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	76
3. Prinzipielle Wirksamkeit unangefochtener rechtswidriger Neben- bestimmungen	76
4. Inhaltliche Modifizierung durch Umdeutung	77
5. Niedrige Nebenbestimmungen in ihrer Auswirkung auf den Gesamtverwaltungsakt	78
II. Die Abwehr fehlerhafter Nebenbestimmungen	79
§ 11. Rücknahme und Widerruf begünstigender Verwaltungsakte	80
I. Einstieg in die Fallproblematik	81
II. Widerruf eines rechtmäßig gültigen begünstigenden Verwaltungsakts	82
III. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	82

§ 12. Verwaltungsakt und Drittinteresse	85
I. Subjektives Recht	86
1. Schutznormtheorie (BVerwG)	86
2. Kein Rückgriff auf das Zivilrecht	88
3. Grundrechtlicher Drittschutz?	88
4. Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde	90
II. Anfechtung einer Drittbegünstigung	91
1. Zulässigkeit, mögliche Beeinträchtigung in einem subjektiven Recht (§ 42 II VwGO)	91
2. Begründetheit des Widerspruchs oder der Klage	94
a) Rechtswidrigkeit des drittbegünstigenden Verwaltungsakts	94
b) Verletzung des subjektiven Rechts	94
3. Einstweiliger Rechtsschutz und prozessuale Sonderkonstellationen	94
III. Anspruch auf Drittbelastung	96
1. Materiellrechtliche Fragen	96
a) Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung	96
b) Anspruch auf Einschreiten?	98
2. Verfahrensrechtliches und Prozessuales	98
3. Anhang: Zivilrechtliches Vorgehen	99
§ 13. Belastende Rechtsakte im besonderen Gewaltverhältnis	100
I. Klageart	101
II. Subjektives Recht des Betroffenen	101
III. Ermächtigungsgrundlage und Vorbehalt des Gesetzes	102
§ 14. Verwaltungsakte in speziellen Verwaltungsverfahren	104
I. Das förmliche Verwaltungsverfahren	105
II. Das Planfeststellungsverfahren	105
1. „Äußeres“ Verfahren	106
2. Abwägung im „inneren“ Verfahren	107
3. Prozessuales	108
III. „Große“ Genehmigungsverfahren	108
3. Teil. Ansprüche zwischen Bürger und Staat, besonders im Gleichordnungsverhältnis	
§ 15. Vorbemerkungen	110
I. Öffentlichrechtliche und (verwaltungs-)privatrechtliche Ansprüche	110
II. Prozessuales	111
III. Öffentlichrechtliche Analogien zum bürgerlichen Recht	111
§ 16. Erfüllungsansprüche	112
I. Rechte und Pflichten unmittelbar aus dem Gesetz	112
II. Erfüllungsansprüche kraft behördlicher Bewilligung (Zusage, „Zusicherung“, Subventionsrecht)	112
III. Erfüllungsansprüche aus Vertrag	116
1. Abgrenzungsprobleme beim Einstieg in die Lösung	116
a) Vertrag?	117
b) Öffentlichrechtlicher oder privatrechtlicher Vertrag?	117
c) Subordinationsrechtlicher oder koordinationsrechtlicher Vertrag?	118
2. Wirksamkeit eines öffentlichrechtlichen Vertrages	118
a) Zustandekommen	118
b) Zulässigkeit des Vertrages	118

c) Eingeschränkte Nichtigkeitsgründe	121
3. Auslegung des Vertrages	123
IV. Ansprüche aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	123
V. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	125
1. Öffentlichrechtliche oder privatrechtliche GoA?	126
2. Öffentlichrechtliche GoA	126
3. Analoge Heranziehung bloß der Rechtsfolgen einer GoA	128
§ 17. Ansprüche auf Rückabwicklung einer „Erfüllung“	128
I. Kodifizierte Bereicherungs- und Erstattungsansprüche	128
II. Ungeschriebene Erstattungsansprüche	131
III. Folgenbeseitigungsansprüche „klassischer“ Art	132
§ 18. Abwehransprüche als Folgenbeseitigungs- oder Unterlassungsansprüche	133
I. Privatrechtliche oder öffentlichrechtliche Rechtsbeziehungen	134
II. Begriffliches, Prozessuales und verfassungsrechtliche Fundierung	134
III. Abwehr als Folgenbeseitigungsanspruch	136
IV. Abwehr als Unterlassungsanspruch	138
§ 19. Schadensersatzansprüche	139
I. Haftung aus Vertragsverletzung	139
1. Zivilrechtlicher Vertrag	139
2. Öffentlichrechtlicher Vertrag	139
3. Culpae in contrahendo im öffentlichen Recht	140
II. Schadensersatz bei der Verletzung sonstiger öffentlichrechtlicher Sonderpflichten	140
III. Deliktshaftung der öffentlichen Hand als Amtshaftung	141
1. Öffentlichrechtliches oder privatrechtliches Handeln?	142
2. Haftungssystem bei öffentlichrechtlichem Tätigwerden	143
3. Haftungssystem bei zivilrechtlichem Tätigwerden	148
4. Amtshaftung bei normativem Unrecht	149
IV. Gefährdungshaftung der öffentlichen Hand, Versagen technischer Einrichtungen	151
V. Gemeinschaftsrechtlicher Schadensersatzanspruch wegen EG-widrigen Verhaltens gegen deutsche Körperschaften	152
§ 20. Entschädigungsansprüche	153
I. Dogmatische Abgrenzung zum Schadensersatz und Rechtscharakter	153
II. Spezialgesetzlich geregelte Entschädigungsansprüche	154
III. Aufopferungsansprüche bei Eingriffen in nichtvermögenswerte Rechtsgüter	157
IV. Aufopferungsansprüche aus enteignendem und enteignungsgleichem Eingriff	159
1. Die Rechtsprechung des BGH in ihrem Grundansatz	159
2. Einzelkonturen nach der heutigen Rspr. von BVerfG und BGH	161
a) Ausgrenzung von Enteignungen im Rechtssinne des Art. 14 III GG.	161
b) Anwendungsfeld des enteignenden Eingriffs	162
c) Anwendungsfeld des enteignungsgleichen Eingriffs	162
3. Systematische Gedankenfolge	163
4. Enteignungsgleicher Eingriff bei normativem Unrecht?	166
a) Legislatives Unrecht	166
b) Sonstiges normatives Unrecht	167
V. Plangewährleistungsansprüche?	167

§ 21. Staatshaftung in den neuen Bundesländern	168
I. Inhalt des StHG-DDR	169
II. Konkurrenzen	169
 4. Teil. Das Recht der öffentlichen Einrichtungen	
§ 22. Allgemeines	171
§ 23. Anstaltsrecht	172
I. Anspruch auf Zulassung zur Benutzung	172
1. Anspruchsgrundlage	172
2. Anstaltszweck (Widmungszweck)	173
3. Sonderbenutzung	173
II. Grenzen des Zulassungsanspruchs	174
1. Rechtliche Grenzen	174
2. Faktische Grenzen	175
III. Zulassungsakt	175
IV. Prozessuale	175
§ 24. Öffentliche Sachen	176
I. Öffentliche Sachen im Gemeingebräuch	176
1. Das materiellrechtliche Rechtsgeflecht	176
a) Privatrechtliches Eigentum	176
b) Öffentlichrechtliche Sachherrschaft	177
c) Unterhaltungspflicht	177
d) Verkehrspolizeiliche Gesichtspunkte	178
e) Sonstige öffentlichrechtliche Gesichtspunkte	178
2. Verfahrenstechnische Vereinfachungen	178
3. Anspruch auf eine Erlaubnis?	179
4. „Anliegernutzung“ und „kommunikativer Verkehr“ als fallträchtige Problemlagen	179
II. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch, Hausverbot	181
 5. Teil. Die Gültigkeit von Normen	
§ 25. Prozessuale und typische Falleinkleidungen	184
I. Inzidente Normprüfung	184
II. Normenkontrollverfahren kraft subjektiven Rechts	185
1. Gegen Parlamentsgesetze	185
2. Gegen untergesetzliche Normen	185
III. Abstrakte Normenkontrolle	187
IV. Normprüfung aus sonstigen Anlässen	187
§ 26. Generell wichtige Einzelaspekte der Normprüfung	187
I. Bindungswirkung der Entscheidungen des BVerfG	187
II. Rechtsnatur der Norm	188
III. Verfassungskonforme Auslegung	188
IV. Nichtigkeit rechtswidriger Normen (?)	188
§ 27. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Verfassungsänderung	190
I. Verfahren der Verfassungsänderung	190
II. Änderungsfestes Minimum (Art. 79 III GG)	190

§ 28. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen eines Gesetzes	191
I. Verbandsmäßige Kompetenz des Gesetzgebers	191
II. Gesetzgebungsverfahren für Bundesgesetze	191
III. Bestimmtheitsgebot	193
IV. Inhaltliche Vereinbarkeit des Gesetzes mit höherrangigem Recht	193
V. Sonderaspekte	194
1. Rückwirkung von Gesetzen	194
2. Art. 19 I GG (Einzelfallgesetz, Zitiergebot)	196
§ 29. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Rechtsverordnung	197
I. Einschlägige Ermächtigungsgrundlage	198
II. Formelle Voraussetzungen für den Erlass der Verordnung	198
III. Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage	199
IV. Gültigkeit der gesetzlichen Ermächtigung	199
1. Art. 80 I 2 GG	199
2. Allgemeine Gültigkeitsvoraussetzungen eines Gesetzes	201
V. Gestaltungsfreiheit des Verordnungsgebers in den Grenzen höherrangigen Rechts	201
§ 30. Die wichtigsten Gültigkeitsvoraussetzungen einer Satzung	202
I. Gesetzliche Verleihung der Satzungsautonomie	202
II. Normsetzungsverfahren, Abwägungsgebot in der Bauleitplanung	204
III. Materielle Gültigkeitsvoraussetzungen der Satzung	205
1. Subsumtion unter die Verleihung	205
2. Kein Verstoß gegen höherrangiges Recht	205
6. Teil. Grundrechtsprüfung	
§ 31. Allgemeines	206
§ 32. Verstöße gegen Freiheitsgrundrechte (Abwehrfunktion)	209
I. Einschlägiges Grundrecht	210
1. Thematischer Schutzbereich	210
2. Funktionaler Schutzbereich	211
II. (Geschriebener) Gesetzesvorbehalt	213
1. Gesetz im formellen Sinne	215
2. Geschriebene Qualifizierungen des Gesetzesvorbehalts	215
3. Ungeschriebene Qualifizierungen des Gesetzesvorbehalts	216
a) Gemeinwohlziel	216
b) Geeignetes und notwendiges Mittel	218
c) Keine Disproportionalität	219
4. Art. 19 II GG (Wesensgehaltsgarantie)	221
III. Ungeschriebene Grundrechtsbegrenzungen	222
1. Grundrechtsinterne Ausgestaltungsbefugnis des Gesetzgebers	223
2. (Externe) verfassungsimmanente Grundrechtsschranken	224
3. Ungeschriebene Grundrechtsbegrenzungen durch die „allgemeinen“ Gesetze	226
IV. Objektivrechtliche Verstärkungen des Grundrechtsschutzes	227
§ 33. Verstöße gegen Gleichheitsgrundrechte	230
I. Allgemeiner Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 I GG)	230
II. Spezielle Gleichheitsregelungen	233

III. Insbesondere: Gleichberechtigung von Mann und Frau	234
IV. Gleichheitsprüfung	236
§ 34. Prozessuales zum Grundrechtsschutz	236
I. Geltendmachung von Grundrechtsverletzungen im „normalen“ Rechtsweg	236
II. Verfassungsbeschwerde als außerordentlicher Rechtsbehelf	237
III. Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde	238
IV. Annahmeverfahren	242
V. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	242
§ 35. Grundrechtliche Ansprüche auf Schutz, Teilhabe und staatliche Leistung?	243
I. Ansprüche aus Freiheitsgrundrechten	244
1. Schutzanspruch aus Art. 1 I 2 GG	244
2. Konstruktion über die objektivrechtliche Seite der Grundrechte	245
3. Sozialstaatliche Neuinterpretation der Grundrechte	246
II. Ansprüche aus dem Gleichheitsgrundsatz	246
III. Anspruchsschranken	247
§ 36. Besonderheiten bei wichtigen Einzelgrundrechten	248
I. Art. 12 I GG	248
1. Schutzbereich	249
2. Berufswahl oder Berufsausübung?	250
3. Regelung der Berufsausübung	251
4. Eingriff in die Berufswahl und Wirkungsweise der „Dreistufen-theorie“	251
II. Art. 14 GG	254
1. Art. 14 GG als einschlägiges Grundrecht	256
2. Inhaltsbestimmung oder Enteignung?	257
3. Verfassungsmäßigkeit einer Inhaltsbestimmung nach Art. 14 I 2 GG	259
a) In der Zukunftsrichtung	259
b) Im Gegenwartsbezug	260
4. Verfassungsmäßigkeit einer Enteignung i. S. des Art. 14 III GG	261
7. Teil. Streitigkeiten zwischen Privaten mit öffentlichrechtlicher Überlagerung	
§ 37. Zivilrechtliche Einkleidung	263
§ 38. Sonderproblem „Drittewirkung der Grundrechte“	264
I. Stand der Dogmatik	264
II. Gedankenführung in der Fallbearbeitung	266
III. Eingeschränkte Überprüfungskompetenz des BVerfG	267
8. Teil. Recht der politischen Parteien	
§ 39. Verfassungsrechtlicher Grundstatus	269
§ 40. Rechtsstellung der Parteien in ihrem Verhältnis zum Staat	269
I. Freiheitsstatus, Parteienprivileg	269
II. Gleichheitsstatus, Chancengleichheit	271
III. Prozessuales	272

§ 41. Streitigkeiten innerhalb politischer Parteien	273
I. Prozessuale	273
II. Materiellrechtlicher Einstieg	274
III. Verfassungsrechtliche Überlagerungen	274
§ 42. Koalitionsvereinbarungen im Verhältnis der Parteien zueinander	275
I. Partner	276
II. Inhalt	276
III. Rechtliche Verbindlichkeit?	276
IV. Prozessuale	277
9. Teil. Weitere Fälle aus dem Staatsrecht (insbesondere organisatorischer Bereich)	
§ 43. Allgemeines	278
I. Aufgabenstellung, Bedeutung der tragenden Verfassungsprinzipien, Staatszielbestimmungen	278
II. Bearbeitungshinweise	281
1. Suche nach einer positivrechtlichen Regelung	281
2. Auslegungsschwierigkeiten und Verfassungslücken	281
3. Kategorien der Allgemeinen Staatslehre als Argumentationshilfe?	282
§ 44. Zusammensetzung und interne Probleme der Staatsgewalten	283
I. Parlament	283
1. Wahlen	283
2. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Parlament, Wahl-anfechtung und -prüfung	285
3. Rechtsstellung der Abgeordneten, Fraktionen	286
4. Geschäftsordnungsautonomie des Parlaments	287
5. Parlamentsausschüsse, Untersuchungsausschüsse	288
6. Prozessuale	289
II. Regierung	289
1. Wahl des Bundeskanzlers	289
2. Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Regierung (monokratisches Prinzip, Kollegialprinzip, Ressortprinzip)	290
III. Verwaltung	291
1. Träger der Verwaltung	291
2. Gliederung der Verwaltung	292
3. Hierarchisches Prinzip	294
4. Organisationsgewalt	295
IV. Rechtsprechung	296
1. Rechtsprechung oder Verwaltung?	296
2. Grundgesetzliche Anforderungen an ein Gericht	296
§ 45. Rechte und Pflichten der Staatsorgane in der Gewaltenteilung	297
I. Prozessuale	297
II. Bundestag und Regierung/Exekutive	297
1. Das parlamentarische Regierungssystem	297
2. Die Bindung der Exekutive an das Gesetz, „Verwerfungs-kompetenz“?	298
III. Konflikte mit dem Bundespräsidenten	299
1. Fallmaterial	299

2. Insbesondere: Prüfungsrechte des Bundespräsidenten	299
a) Rechtliches Prüfungsrecht	299
b) Politisches Prüfungsrecht	301
IV. Der Bundesrat im Gesetzgebungsverfahren	301
§ 46. Das Verhältnis von Bund und Ländern	302
I. Kompetenzprobleme	302
1. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	302
2. Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen	305
II. Aufsichtsprobleme	306
1. Rechtsaufsicht	306
2. Fachaufsicht mit Weisungsmöglichkeiten	306
3. Aufsichtszuständigkeiten und Aufsichtsmittel	306
III. Bundesfreundliches Verhalten im Gleichordnungsverhältnis	307
IV. Prozessuales	308
V. Föderale Finanzverfassung	308
1. Verteilung des Steueraufkommens	308
2. Gesetzgebungskompetenz für Steuern	309
3. Steuerverwaltung	309
10. Teil. Vertragliche Außenbeziehungen von Bund und Ländern	
§ 47. Staatsrechtliche Voraussetzungen völkerrechtlicher Verträge	311
I. Grundsätzliches	311
II. Zuständigkeit des Bundes (Art. 32 GG)	312
III. Mitwirkung anderer Bundesorgane (Art. 59 II GG)	312
§ 48. Staatsverträge und Verwaltungsabkommen im Bundesstaat, gemeinsame Ländereinrichtungen	313
I. Beteiligte	313
II. Staatsverträge und Verwaltungsabkommen	314
III. Staatsinterne Abschlußvoraussetzungen	315
IV. Zulässigkeit = Gültigkeit einer Vereinbarung	315
V. Prozessuales	316
VI. Gemeinsame Ländereinrichtungen	317
11. Teil. Der Standort des Europäischen Gemeinschaftsrechts	
§ 49. Institutionelles	318
I. EG und EU	318
II. Organe der EG	319
III. Die Rechtsakte der EG	320
IV. Vorrang des Gemeinschaftsrechts	321
§ 50. Grundrechtsfragen	321
I. Grundrechtsschutz gegen Rechtsakte der EG	321
II. Europäische Menschenrechtskonvention	323
§ 51. Rechtsschutz gegen Rechtsakte der EG	323

12. Teil. Die kommunalen Gebietskörperschaften

§ 52. Allgemeiner Überblick	325
I. Ausbildungsrelevanz	325
II. Die verschiedenen kommunalen Körperschaften	325
III. Gemeinden und Kreise	326
IV. Binnenorganisation	327
1. Die Organe	327
2. „Gewaltenteilung“	328
V. Selbstverwaltung und Fremdverwaltung	329
§ 53. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie und Gesetzgeber	330
I. Institutionelle Garantie – subjektive Rechte	331
II. Ausgestaltung der institutionellen Garantie durch den Gesetzgeber	331
III. Einzeleingriffe in die Selbstverwaltungsautonomie	332
§ 54. Kommunalverfassungsstreitigkeiten	333
I. Prozessuale, „Insichprozeß“	334
II. Materiellrechtliches	335
§ 55. Aufsichtsprobleme	335
I. Prozessuale, „Aufsichtsklage“	336
II. Rechtmäßigkeit des aufsichtsbehördlichen Eingreifens	337
1. Rechtsaufsicht (Kommunalaufsicht)	337
2. Fachaufsicht	337
III. Aufsichtsmittel	338
1. Rechtsaufsicht (Kommunalaufsicht)	338
2. Fachaufsicht	338

13. Teil. Methodik der Fallbearbeitung

§ 56. Allgemeine Hinweise	340
I. Vier „Stationen“ der Fallbearbeitung	340
II. Klausur und Hausarbeit	340
§ 57. Das Erfassen der Aufgabe	341
I. Erfassen des Wortlauts	341
II. Eindringen in den Sachverhalt	343
III. Herausarbeiten der Fragestellung	343
IV. Versteckte Fehlerquellen	346
§ 58. Das Hintasten zur Lösung	346
I. Der Sachverhalt als Ausgangspunkt	346
II. Die Gedankenfolge	348
III. Problemaufspaltung	350
IV. Das Eindringen in die Rechtsfragen	350
V. Lücken und Unklarheiten im Sachverhalt	354
§ 59. Planung der Darstellung	356
I. Stoffauswahl und Schwerpunktbildung	356
II. Aufbau	358
III. Hilfsgutachten?	359

§ 60. Niederschrift	361
I. Den Leser führen	361
II. Kein Abgleiten in Routine ohne Inhalt	361
III. Kein übertriebener „Gutachtenstil“	362
IV. Subsumtionen, Begründungen und Zitate	363
V. Erörterung von Streitfragen	364
VI. Überarbeitung des Geschriebenen	365
Anhang. Formalien einer Hausarbeit.	367
Paragraphenregister.	371
Sachverzeichnis	383